

Archivarbeit im und für den Nationalsozialismus. Die preußischen Staatsarchive vor und nach dem Machtwechsel von 1933. Hrsg. von Sven K r i e s e. (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz. Forschungen, Bd. 12.) Duncker & Humblot. Berlin 2015. 623 S., Ill., Kt. ISBN 978-3-428-14746-5. (€ 99,90.)

Der Band enthält Beiträge einer im März 2013 am Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStPK) in Berlin veranstalteten Tagung, welche die historische Forschung über das Archivwesen im Nationalsozialismus voranbringen sollte – war dessen Aufarbeitung seit den 1990er Jahren doch von Studien zur Archivgeschichte bestimmt, die Archivar selbst vorgelegt hatten. Hier geht es einmal mehr um die Frage, inwieweit die politischen Vorgaben unter dem NS-Regime die Arbeit dieser Berufsgruppe – ihren professionellen Umgang mit Archivgut – verändert haben. Ich beschränke meine Ausführungen hier auf diejenigen der insgesamt 15 Artikel, die sich (auch) mit der Entwicklung in Ostmitteleuropa befassen.

Der Sammelband ist in fünf Themenbereiche gegliedert. Zu Beginn geht es um „Professionalität, Anpassung und Teilhabe“. Der Hrsg. Sven K r i e s e unternimmt in dem mit Abstand längsten Aufsatz einen berufsbiografischen Vergleich der beiden nationalsozialistischen Generaldirektoren des Preußischen Archivwesens zwischen 1929 und 1945: dem Mittelalter-Historiker und DNVP-Mitglied Albert Brackmann (1871-1952) und seinem Nachfolger Ernst Zipfel (1891-1966), der eigentlich Berufsoffizier werden wollte. Er musste sich aus kleinen Dresdner Verhältnissen hinaufdienen: Seine Archivkarriere begann er 1920 als Hilfsarchivar, 1922 brachte er es mit einer Arbeit über den Versailler Friedensvertrag zur Promotion, am Ende des Jahrzehnts hatte er sich mit Publikationen über die Kriegsgeschichte zwischen 1914 und 1918 finanziell gut gestellt, ehe er sich 1932 der NSDAP anschloss, was ihm u. a. vier Jahre später die Ernennung zum Generaldirektor der Preußischen Staatsarchive eintrug. Zipfels Amtszeit endete 1945, eine neue Anstellung fand er nicht. Demgegenüber blieb der gut vernetzte Historiker und Archivar Brackmann auch nach dem Krieg hoch angesehen. Erst seit den 1980er Jahren geriet Brackmann als Nestor einer der Politik stets zuarbeitenden und dadurch im NS-Staat verhängnisvollen (antipolnischen) Ostforschung zunehmend ins Zwielicht. Von 1933 an nutzte er „die neuen politischen Verhältnisse, um der archivischen Beteiligung an der ‚Ostforschung‘ einen besonderen Schwung *qua Amt* zu geben“ (S. 43). Er beeinflusste mit seinen Mitarbeitern durch zahllose „Veröffentlichungen die Einstellung der deutschen Gesellschaft zu Osteuropa“, und sie „leisteten damit indirekt der nationalsozialistischen Kriegspolitik Vorschub“ (S. 45). Demgegenüber bemühte sich der „Verwaltungsadministrator“ Zipfel erst Ende 1939, so K r i e s e, „die Zügel der ‚Ostforschung‘ an sich zu ziehen“ (S. 48, 92). Die Einschränkungen für russische und polnische Archivnutzer seit Beginn der 1930er Jahre fallen ebenso in Brackmanns Amtszeit wie der politisch geforderte Ausschluss von Juden. Wegen seiner zögerlichen Haltung in diesem Fall drängte ihn der NS-Chefhistoriker Walter Frank (1905-1945) aber 1936 aus dem Amt. Doch auch nach seiner Pensionierung blieb Brackmann „bis 1945 äußerst einflussreich“, zu seinem 70. Geburtstag würdigte Adolf Hitler ihn als „verdienten Erforscher deutscher Geschichte“ (S. 90).

Im zweiten Themenblock „Archive zwischen Preußen und Reich“ stellt Susanne Brockfeld die heute im GStPK aufbewahrten Materialien aus den ehemaligen Staatsarchiven in West- und Ostpreußen als Quellen für die Erforschung der NSDAP-Herrschaft in „der Provinz“ vor. Im dritten Themenbereich „Benutzung und Auswertung“ blickt Christoph Nonn auf den Umgang mit Archivalien aus Archiven auf dem Territorium der Republik Polen. Unter der deutschen Besatzung wurden ganze Aktenbestände ins Staatsarchiv Königsberg verschleppt. Nonn analysiert vor diesem Hintergrund die Tätigkeit der „Landesstelle Ostpreußen der Zentralstelle für Nachkriegsgeschichte“ unter der Leitung Theodor Schieders (1908-1984) im Kontext der nationalsozialistischen Vertreibungs- und Vernichtungspolitik in den 1939 Ostpreußen angeschlossenen Gebieten, insbesondere im neugeschaffenen Regierungsbezirk Zichenau, gegenüber der jüdischen und der polnischen Bevölkerung. Mit deren Herabsetzung trugen Schieder und seine Mitarbeiter „zu dem Kli-

ma bei, das in Zichenau alltägliche Willkürakte von deutschen Behördenvertretern, Polizisten und ‚Volksdeutschen‘ an Polen ermöglichte – bis hin zu nicht autorisierten Erschießungen, ‚wilden‘ Deportationen und Mord“ (S. 218). Nonn kommt zu dem Schluss, Schieder habe sich insofern „an der menschenverachtenden und mörderischen NS-Politik beteiligt“, als er daran mitwirkte, eine „Mentalität“ zu schaffen, die gegenüber den Einheimischen „eine solche Politik legitimierte und radikalisierte“ (S. 219).

Zeitlich weiter zurückgehend untersucht Stefan Lehr die Einschränkungen für polnische Forscher bei der Archivnutzung in preußischen Staatsarchiven 1928-1939, die dazu dienen sollten, „nicht geeignete Quellen Benutzern des Nachbarlandes vorzuenthalten“. In „der Ostforschung engagierte Kollegen“ waren demnach „überzeugt, einen wichtigen nationalen Dienst zu leisten, indem sie polnischen Historikern die Akteneinsicht versagten, erschwerten oder bestimmte Archivalien vor ihnen verbargen“ (S. 240 f.). Im Anhang sind Lehrs Aufsatz zwei Tabellen beigegeben, die detailliert über Anträge von Polen an preußische und andere deutsche Archive und über Anträge von Deutschen an polnische Archive informieren.

Martin Munk e wendet sich der Publikationsstelle Berlin-Dahlem zu, die im NS-Staat unter der Führung von Johannes Papritz (1898-1992) gewissermaßen die Denkfabrik der archivarischen „Ostforschung“ war. Papritz, der 1949 Staatsarchivrat am Staatsarchiv Marburg und 1954 als Nachfolger von Ludwig Dehio dessen Direktor wurde, verkörperte die Kontinuität der „Ostforschung“ im deutschen Archivwesen und darüber hinaus: Er wirkte am Aufbau des Johann-Gottfried-Herder-Instituts mit und war selbst Vizepräsident des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrats. Das maßgeblich vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen finanzierte Institut gab von 1952 an die *Zeitschrift für Ostforschung* heraus, in den 1950er und 1960er Jahren übernahm die Institutsbibliothek einen Teil der Bestände der aus Berlin einst ausgelagerten Büchersammlung der Publikationsstelle.

Der solide gearbeitete Tagungsband ist mit Orts- und Personenregister ausgestattet und enthält nur wenige Mängel, darunter den falschen Vornamen „Ernst“ für Hans Pfundtner (1881-1945), den Staatssekretär im Reichsinnenministerium, die Datierung von Brackmanns Dissertation in das Jahr 1998 (statt 1898) und die Gleichsetzung der Teilungen Polens mit „polnischen Teilungen“ (S. 21, 30, 41)

Die Frage nach der nationalsozialistischen Durchdringung des Archivwesens vermag der Sammelband nicht abschließend zu klären. Dies wäre vielmehr Aufgabe der Geschichtswissenschaft, die einzelne Aspekte durchaus vertiefend betrachten könnte. Dabei würden sich kollektivbiografische Ansätze oder organisatorische Bezugspunkte anbieten – bis hin zur Tätigkeit der emsigen Historischen Kommissionen in jenen Landesteilen, die die preußischen Ostprovinzen bildeten.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

Kunstgeschichte in den besetzten Gebieten 1939-1945. Hrsg. von Magdalena Buschart, Agnieszka Gąsior und Alena Janatková. (Brüche und Kontinuitäten, Bd. 2.) Böhlau Verlag. Köln u. a. 2016. 327 S., Ill. ISBN 978-3-412-50168-6. (€ 39,90.)

Untersuchungen zur Kunstgeschichte und Denkmalpflege in der Zeit des Nationalsozialismus konzentrierten sich bisher weitgehend auf Entwicklungen im Deutschen Reich. Wenn aber der Blick auf Staaten gerichtet wurde, die ab 1939 schrittweise annektiert oder besetzt wurden, überwog stets das Interesse für die dann dort agierenden deutschen Institutionen und Akteure. Der vorliegende Sammelband erweitert diese Perspektive wesentlich. Er ging aus einer internationalen Tagung, die 2012 in Berlin im Ergebnis einer Kooperation zwischen dem Fachgebiet Kunstgeschichte der Technischen Universität Berlin und dem Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig stattfand, hervor. Hier nun werden nahezu sämtliche durch die Deutschen besetzten europäischen Gebiete als Orte komplexer diskursiver, institutioneller und personeller sowie – im denkmalpflegerischen Bereich – praktisch-technischer Konstel-